

Wer viel Geld hat gewinnt
**Privatisierung von
Bildung und Forschung**

01/2012



Bildung
Wissenschaft
Forschung

Verquickung von staatlichen Hochschulen und Unternehmen



chen Projekten gibt es jedoch auch stets kritisch zu beleuchtende Punkte. So ist die Gewinnorientierung der Unternehmen mit der Gemeinwohlorientierung der Universität nicht auf jeden Fall vereinbar. Ebenfalls nicht unproblematisch ist die Mischfinanzierung durch öffentliche Haushalte und Unternehmen. In der Vergangenheit wurde bei PPP-Projekten häufig eine mangelnde demokratische Kontrolle über die öffentlichen Gelder bemängelt.

Darüber hinaus sind die Organisationsformen von Unternehmen und Hochschulen doch sehr verschieden. Von ver.di-Seite setzen wir uns stets für ein hohes Maß an Demokratie in der Hochschulsteuerung ein – eine weitere Übernahme von Unternehmenshierarchien in die Hochschule ist deshalb wenig wünschenswert.

In wie weit die Nähe zu den Unternehmen und die gemeinsame Finanzierung von Projekten Einfluss auf die Forschungsinhalte haben wird, ist eine spannende Frage. Zwar existiert dieses Spannungsfeld in allen Bereichen, in denen Drittmittel in Hochschulforschung fließen. Doch der Aachener Campus stellt hierfür eine neue Dimension dar. So ist zum Beispiel EON prominenter Kooperationspartner im Bereich „nachhaltige Energie“.

Aus Sicht der Studierenden ist das Verhältnis zu einem solchen Projekt zweischneidig: Einerseits können die Unternehmenskooperationen interessante Praxisanteile fürs Studium bieten und Einsichten über Berufsperspektiven eröffnen. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass eine solche Wirtschaftsnähe auch die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung einschränkt. Der Input, den Studierende in Veranstaltungen bekommen, wird in stärkerem Maße aus den Privatunternehmens kommen – und zu Lasten unabhängiger Hochschulforschung gehen.

Aachen ist kein Einzelfall – Kooperationen zwischen Universitäten und Wirtschaft gibt es bereits in unterschiedlichen Ausmaßen an verschiedenen Standorten. In Berlin, Karlsruhe, München und Augsburg (siehe Seite 7) gibt es ebenfalls große Kooperationsprojekte. Bemerkenswert ist, dass sie fast ausschließlich an Standorten entstehen, wo heute die bestausgestatteten Hochschulen stehen. Die zusätzlichen Geldmittel aus der Wirtschaft werden diesen Trend einer gespaltenen Hochschullandschaft weiter vorantreiben. ●

An der RWTH Aachen wächst gegenwärtig eines der größten Public-Private-Partnership-Projekte (PPP) an einer deutschen Hochschule. Auf 800.000 Quadratmetern sollen sich auf einem neuen Campus-Gelände 250 Unternehmen ansiedeln und engen Kontakt zur Wissenschaft suchen. Hochschul-einrichtungen und Unternehmen werden sich gemeinsam entwickeln und zusammen forschen – so der Plan. Erklärtes Ziel ist es, das Ansehen der RWTH Aachen als internationale Spitzenhochschule im Bereich Technikforschung weiter zu steigern.

VON FLORIAN HILLEBRAND

Auf dem Aachener Wissenschaftscampus sind 19 Forschungscluster vorgesehen. MitarbeiterInnen der Unternehmen sollen an Vorlesungen teilnehmen, um vom aktuellen Stand der Wissenschaft zu profitieren. Umgekehrt schicken die Firmen Beschäftigte als DozentInnen und stellen ihre Entwicklungen in Lehrveranstaltungen vor.

Das Projekt ist sowohl für die Stadt als auch für die Hochschule eine riesige Herausforderung und wird von vielen Seiten als Win-Win-Situation beschrieben. Aachen profitiert nicht nur städtebaulich durch einen modernen Campus, sondern kann auch mit vielen neuen Arbeitsplätzen in Industrieunternehmen rechnen, die sich auf Grund der Universitätskooperation ansiedeln. Eine neue Straßenbahnlinie soll die enge Verbindung auch auf konkreter Ebene fördern.

Die Universität hat insbesondere Interesse an den neuen Forschungsclustern, die die Reputation von Aachen als Forschungsstandort weiter erhöhen. Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, sind die von der Wirtschaft eingebrachten Geldmittel hochwillkommen. Die Unternehmen schließlich erwarten vor allem Synergieeffekte durch die unmittelbare Nähe zu den Hochschulinstituten und hoffen, die dort generierte Forschung für sich nutzen zu können.

10.000 neue Arbeitsplätze auf dem neuen Campus sind natürlich eine tolle Sache. Bei sol-

Rüstungsforschung neben dem Campus

Auch in Augsburg entsteht in unmittelbarer Nähe zum Campus ein so genannter „Innovationspark“. Dort sollen Forschung, Lehre, Entwicklung und Produktion einen gemeinsamen Ort finden. Doch vor allem an der Universität fürchten viele, dass das auf Rüstungsforschung hinausläuft. Um dem an der Hochschule einen Riegel vorzuschieben, ist die Einführung einer „Zivilklausel“ vordringlich.

VON KYRA SCHNEIDER

Das Investitionsvolumen ist beachtlich: 500 Millionen Euro sollen das 70 Hektar große Gelände südlich der Universität Augsburg zum „Carbon-Valley im Lechtal“ machen. Die Schlüsseltechnik ist dabei die Kohlefaserverbundtechnik. Sie erlaubt die Herstellung von Materialien, die leichter sind als Stahl, aber mindestens genau so stabil. In den Kernbereichen Mechatronik und Automation, Faserverbund-, Umwelt- sowie Informations- und Kommunikationstechnologie sollen sich namhafte Unternehmen und Institute ansiedeln.

Als Dreh- und Angelpunkt ist zum einen das bereits existierende Zentrum für Leichtbauproduktionstechnologie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt DLR vorgesehen. Darüber hinaus sind auf dem Campus drei Forschungsgruppen der Fraunhofer-Gesellschaft (FHg) aktiv, die sich mit funktionsintegriertem Leichtbau, mechatronischen Verarbeitungsmaschinen sowie Wirtschaftsinformatik beschäftigen. Geplant ist, dass DLR und FHg künftig jeweils eine Lehrprofessur stellen.

Dass sich die FHg überhaupt in Augsburg ansiedeln will, liegt nicht nur an den immensen finanziellen Anreizen des Freistaates Bayern und der Stadt. Auch die Firmen, die hier bereits auf dem Feld der Kohlefasertechnik arbeiten, sowie die Grundlagenforschung der Universität Augsburg wirken als Magneten. So kann sich die FHg direkt in einem Zwischenfeld ansiedeln, das nach Aussage des Werkstoffprofessors Klaus Drechsler „sehr gut in die Philosophie der Fraunhofer-Gesellschaft passt“. Eine Win-Win Situation für alle Beteiligten also?



Hier entsteht bis 2022 zum Teil explosive Hightech

Steht man der Ökonomisierung und dem unmittelbaren Verwertungsinteresse der Wissenschaft skeptisch gegenüber, wird dieser Aspekt im Fall des Augsburger Innovationsparks doppelt heikel. Bekanntermaßen sind sowohl die DLR als auch die Fraunhofer-Gesellschaft in der Militärforschung aktiv. Die FHg erhält einen Teil ihrer Grundfinanzierung aus dem Verteidigungsministerium und die DLR betreibt beispielsweise Kommunikationssatelliten für die Bundeswehr. Auch Firmen wie Premium Aerotec, Cassidian oder RENK lassen als namhafte Rüstungsunternehmen die Befürchtung wachsen, dass im Süden Augsburg ein „Rüstungspark“ entsteht. Ob nun mit der Universität konkret für militärische Zwecke geforscht werden soll, ist nicht ganz klar. Doch das an sich ambivalente Thema der Privatisierung von Wissenschaft und Bildung spitzt sich ethisch zu, wenn Universität und Rüstungsindustrie zumindest mittelbar kooperieren.

Wollen wir Universitäten wirklich nur als Teil eines wirtschaftspolitischen Standortprogramms sehen? Welche gesellschaftliche Verantwortung tragen Universitäten, und wie wollen wir sie gestalten? Diese Fragen offen zu diskutieren ist spätestens jetzt an der Zeit. Eine „Zivilklausel“ wie in Bremen oder an der TU Berlin, die die Universität auf friedliche und zivile Zwecke verpflichtet, ist aber auf jeden Fall ein vordringlich notwendiger Schritt. ●

<http://friedliche-uni-augsburg.blogspot.com>

Arbeitsplätze am KIT gesichert

Diesmal ging es am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) nicht ums Geld, sondern um die Sicherung der Arbeitsverhältnisse und Rechte der mehr als 9000 Beschäftigten. Das KIT ist 2009 aus einem in Deutschland bisher einmaligen Zusammenschluss einer Universität mit einer Großforschungseinrichtung hervorgegangen. Für künftige Groß-Fusionen im Wissenschaftsbereich kann es als Blaupause angesehen werden. Insofern hat der KIT-Prozess und die damit zusammenhängenden gesetzlichen und tariflichen Regelungen über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus große Bedeutung.

VON VER.DI-BETRIEBSGRUPPE AM KIT

Die Fusion erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst wurde das Forschungszentrum Karlsruhe als GmbH aufgelöst und seine Beschäftigten wechselten unter Beibehaltung des bisherigen Tarifvertrags (TVöD) zum Land. Jetzt steht der Übergang aller Beschäftigten vom Land zum KIT an. Anfang kommenden Jahres soll das KIT dann eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit ein eigenständiger Arbeitgeber sein.

In zwei Tarifverträgen ging es nun vor allem darum, Nachteile für die Beschäftigten durch die Fusion zu vermeiden. Ein wichtiger Verhandlungspunkt war der generelle Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Das schien auch deshalb als vordringlich, weil der aktuelle KIT-Präsident Gründungsvorsitzender eines Verbands von neun Technischen Universitäten (TU9) war, der explizit für eine Lockerung der Kündigungsschutzregeln bei Umstrukturierungen innerhalb von Universitäten eintritt.¹

Wir aber konnten nun eindeutig festschreiben: Betriebsbedingte Kündigungen aus Anlass des Übergangs zum KIT sind auf Dauer ausgeschlossen. Um die Arbeitsplatzsicherheit auch künftig zu erhöhen, wenn zum Beispiel ein Institut oder Betriebsteil geschlossen wird, wurde in den Tarifvertrag eingefügt, dass „die bisherige Praxis hinsichtlich betriebsbedingter Kündigungen nicht geändert wird“. Das KIT ist verpflichtet, sich vor dem Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen



Foto: ver.di-Betriebsgruppe

Das machte Eindruck: Kollegen der Werkfeuerwehr in angeregtem Gespräch mit der Verhandlungsführerin des KIT

gen bei einem anderen Arbeitgeber des öffentlichen Diensts bzw. nahestehender Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen um einen anderen Arbeitsplatz zu bemühen. Diese Verpflichtung gilt für alle Betriebsänderungen und nicht nur bei Rationalisierungsmaßnahmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt bestand darin, die bisher erworbenen Besitzstände der früheren Beschäftigten des Forschungszentrums Karlsruhe (FZK) zu bewahren. Dazu zählten Eingruppierungen und wöchentliche Arbeitszeit. Das gelang durch die Entfristung des alten Tarifvertrags. Ein interessantes Detail war dabei die Neuregelung der Eingruppierung der ehemaligen FZK-Werkfeuerwehr. Sie wurde notwendig, um eine Schlechterstellung gegenüber anderen Feuerwehren zu vermeiden. Nach anfangs nicht vielversprechenden Verhandlungen konnte eine Angleichung erreicht werden. Entscheidend dazu beigetragen haben die gut organisierten Feuerwehrleute selbst, die zur letzten Verhandlungsrunde vor Ort erschienen waren.

Dass die Tarifergebnisse trotz des niedrigen Organisationsgrads am gesamten KIT so positiv ausgefallen sind, erklären wir uns mit dem Wunsch der Politik nach einem Erfolg des Modells KIT. So lange das KIT etwas Besonderes ist, hat es öffentliche Aufmerksamkeit – und das träge auch auf Proteste zu.

Weitere Informationen auf der Homepage der ver.di-Betriebsgruppe: www.wir-sind-kit.de ●

ZIVILKLAUSELN

■ Frankfurter Studierende wollen keine Rüstungsforschung

An der Goethe-Universität Frankfurt/Main haben sich 76,6 Prozent der Studierenden für die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung ihrer Hochschule ausgesprochen. Sie verlangen, dass ihre Universität keine Kooperationen oder Drittmittelprojekte mit der Rüstungsindustrie oder der Bundeswehr eingeht. Drei Wochen lang war über Kriegsforschung, Friedensorientierung und die Verantwortung von Wissenschaft diskutiert worden. Schon im Vorfeld der Abstimmung hatte die Universität verlauten lassen, sie werde die Willenserklärung der Studierenden ernst nehmen.

■ Bremer Rüstungskonzern plant Stiftungsprofessur

Der Aklademische Senat der Universität Bremen hat die vor 26 Jahren eingeführte Zivilklausel bestätigt. Konkret wird „jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung beziehungsweise Zielsetzung“ abgelehnt. Ausgelöst wurde die neuerliche Diskussion durch die geplante Stiftungsprofessur des Bremer Unternehmens OHB. Die Firma verdient ihr Geld unter anderem mit Rüstungsprojekten, die Professur soll sich freilich offiziell nur mit Grundlagenforschung beschäftigen. Während der Rektor der Universität auch nach der Abstimmung sagte: „Die Stiftungsprofessur von OHB wird kommen“, will der Asta genau das verhindern.

■ Aktionswoche

Die Initiative „Hochschulen für den Frieden – ja zur Zivilklausel“ ruft Studierende, Lehrende, Hochschulmitarbeiter und gesellschaftliche Kräfte auf, sich an einer bundesweiten Aktionswoche für Zivilklauseln vom 1.– 8. Mai zu beteiligen.

¹ <http://www.tu9.de/tu9/1635.php>